

# Leipziger Tageblatt

und  
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

**Bezugspreis:** für Leipzig und Vororte jährlich 1800 Mark, monatlich 150 Mark; für andere Städte und Provinzen jährlich 2000 Mark, monatlich 166 2/3 Mark; Auslandspostzusatz 300 Mark, monatlich 25 Mark; für den Auslandspostzusatz 300 Mark, monatlich 25 Mark; für den Auslandspostzusatz 300 Mark, monatlich 25 Mark.

Dieses Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Kaiserlichen Hofes, sowie alle Nachrichten aus dem Reich und den Provinzen, sowie alle Nachrichten aus dem Reich und den Provinzen, sowie alle Nachrichten aus dem Reich und den Provinzen.

**Anzeigenpreis:** für Leipzig und Vororte 1/4 Mark, für andere Städte und Provinzen 1/3 Mark; für den Auslandspostzusatz 1/2 Mark; für den Auslandspostzusatz 1/2 Mark; für den Auslandspostzusatz 1/2 Mark.

Nr. 107

Wittwoch, den 2. März

1921

## Die deutschen Gegenanschläge unannehmbar?

### Ein französischer Bericht

Paris, 2. März. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet: Das Hauptergebnis der Nachmittags-Sitzung der Alliiertenvertreter war der einstimmige Beschluß, keine weiteren Verhandlungen der Deutschen über ihre Gegenanschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar, sogar als indiskutabel erachtet worden seien.

Bei Beginn der Sitzung hatten Louchet, Jasson und Theunis eine gedrängte Kritik der deutschen Gegenanschläge abgegeben. Sie hätten jedoch erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 32 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden Goldmark, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden durch eine Anleihe aufbringen wollten, würde sich die Belastung Deutschlands noch bedeutend verringern. Als Hauptsatz hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Beschaffung vorteilhafter sei als eine solche von 5 Prozent.

Auch an der Abfertigung der bereits geleisteten Zahlungen hätten die westlichen Minister Kritik geübt. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Handelsschiffe auf 7 Milliarden angegeben, während die Summe nach der Alliiertenrechnung nur 700 Millionen betrage.

Die Vorschläge betreffend eine internationale Anleihe hätten die Gegner als übertrieben günstig für Deutschland bezeichnet, wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen.

Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen, besonders über Oberschleisien, seien als eine unerhörte Verletzung des Friedensvertrages (1) bezeichnet worden, ebenso die Vorschläge auf Leistung von Zahlungen in Natura. Infolgedessen hätten die alliierten Delegierten beschlossen, außer den deutschen Plan nicht weiter zu beraten.

Heute früh 10 Uhr werden die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammentreten. Der juristische Berater im französischen Außenministerium Fromaget wird abends in London einreisen.

### Die erste Sitzung in London

Zur Ergänzung des amtlichen Berichts über die erste Vollversammlung der Londoner Konferenz, den wir in unserer zweiten Morgenausgabe brachten, erhalten wir noch folgende Meldungen:

London, 2. März. Ueber die gestrige erste Sitzung der Londoner Konferenz wird noch berichtet: Die Sitzung begann um 11.30 Uhr. Lloyd George bewillkommnete die deutschen Delegierten mit Handschlag. Er redete zu Dr. Simons ein paar freundliche Worte. Der englische Premierminister sprach dann einige Eröffnungsworte, indem er ausführte, es gebe Schwierigkeiten zu überwinden in der Ausführung des Friedensvertrages. Es gebe auch Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, und er hoffe, die in Spa bewährte Methode der mündlichen Verhandlungen werde sich wieder bewähren. Lloyd George sprach liebenswürdig und verbindlich. Der nun folgende Rede Dr. Simons folgte er sehr aufmerksam. Er läßt sich wichtige Punkte wiederholen, Chamberlain unterstützt ihn. Briand verhält sich ziemlich passiv, seine Bemerkungen bleiben unverständlich. Louchet sieht man deutlich seine Interessiertheit an. Nach der Rede Dr. Simons ist der Ton Lloyd Georges deutlich verschärft, ja scharf.

London, 1. März. Während Dr. Simons die deutschen Vorschläge in einzelnen zu verlesen begann, unterbrach ihn Lloyd George und sagte, angesichts der allgemeinen Erklärung der Alliierten könne er ihm nicht verhehlen, daß die deutsche Regierung sich in einem völligen Mißverständnis über die Stellung der Alliierten zu befinden scheine, die schon übereingekommen seien, daß der gemachte Vorstoß so sei, daß sie ihn als Erfolg für die Pariser Beschlüsse weder prüfen noch erörtern könnten. Bei der Nachmittags-Sitzung, in der die Alliierten die Erklärung Dr. Simons' erwiderten, waren die deutschen Delegierten nicht zugegen.

Diese Meldung, die im Widerspruch zu dem deutschen amtlichen Bericht steht, scheint auf einem Mißverständnis des Berichterstatters zu beruhen.

In Brüssel erzählt man sich ein angebliches Scherzwort Lloyd Georges, das aber recht unwahrscheinlich klingt: Brüssel, 2. März. In den ersten telephonischen Mitteilungen über die erste Sitzung der Londoner Konferenz wird der Eindruck der Rede Dr. Simons' als ziemlich niederschmetternd dargestellt. Es wird gemeldet, daß Lloyd George am Schluß der Sitzung zu einem Delegierten gelangt hat, daß wenn die Konferenz andauere, die Alliierten noch härter werden würden, daß sie zu zahlen hätten. Zugleich heißt es aber, daß Lloyd George und ein Teil der anderen Anwesenden die Bedeutung der Antwort nicht sofort begriffen haben. Nach den hier vorliegenden Darstellungen ergibt sich aus der Antwort von Dr. Simons eine Gesamtleistung Deutschlands in den nächsten 30 Jahren im Betrage von etwa 50 Milliarden Goldmark.

### Diplomaten-Empfang bei König Georg

Rotterdam, 2. März. Der "N. Rotterd. Cour." erhält von seinem Londoner Berichterstatter eine Schilderung der Umstände, die die Eröffnung der gestrigen Sitzung der Londoner Konferenz im Lancaster House zeitigten. Die Sitzung fand nicht, wie bisher, im danebenliegenden St.-James-Palast statt, da in diesem vom König der feierliche Empfang der Diplomaten abgehalten wurde. Das zahlreich erschienene Publikum hatte daher Gelegenheit, dem Doppelschauspiel bei der Erwartung der Würdenträger im St.-James-Palast und der Ankunft der Delegierten für die Konferenz im Lancaster House beizuwohnen. Verschiedene der hervorragenden Konferenzteilnehmer, wie Briand und die deutschen Delegierten, blieben jedoch unerkannt, nur Lloyd George erhielt einige Zurufe. Das Zusammenreffen beider Feierlichkeiten veranlaßte allerdings manches Mißverständnis, da ein Teil der hochgebornen Zahl der Neugierigen annahm, daß die in ihren Galakutschen aufzufahrenden Diplomaten und Würdenträger zur Teilnahme an der Konferenz erschienen seien. Unter sprachlosem Erschrecken haben die französischen Berichterstatter Geisteskräfte in feierlichen Ornat zum St.-James-Palast geschrieben, und den Außenminister Curzon in großer Gelassenheit zu einem so wenig feierlichen Akt wie die Uebertreibung der deutschen Gegenanschläge gehen.

### Das griechische Parlament gegen die Beschlüsse der Orientkonferenz

London, 2. März. Reuters meldet aus Athen: Die Nationalversammlung hat eine Entschädigung angenommen, die dem Ministerpräsidenten Katoxopoulos nach London übermittleit werden wird. Sie befiehlt, Griechenland sei nicht im Stande, einer Revision des Vertrages von Sevres zuzustimmen.

## Die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse

### Das Gutachten der Sachverständigen-Kommission.

Paris, 2. März. Das Gutachten der Sachverständigen-Kommission über die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse zählt zunächst die bekannten Reparationsforderungen der Alliierten auf und betont demgegenüber, die Belastung mit einer Annuität von 6 Milliarden Goldmark würde die deutsche Bevölkerung mit 100 Mark Gold oder mit 1000 Mark Papier pro Kopf und Jahr treffen. Die Steuerbelastung in Deutschland beträgt heute bereits 500 Mark Papier gegen 300 Franken Papier in Frankreich. Eine Mehrbelastung von 1000 Mark Papier würde das Verhältnisverhältnis in Deutschland auf 41 v. H. gegenüber 12 v. H. in Frankreich steigern, ohne den Zuschlag von 12 v. H. bei Ausfuhr. Eine Zahlung von Land zu Land ist möglich:

1. durch Ueberweisung von Zahlungsmitteln.
2. durch Ueberweisung von Guthaben, Wertpapieren und dinglichen Rechten.
3. durch Dienste und Arbeitsleistungen für fremde Volkswirtschaften.
4. durch Kredite.
5. durch Warenausfuhr.

1. Eine Zahlung durch deutsche Umlaufmittel verbietet sich für Deutschland, weil die Gläubiger von ihnen nicht in entsprechendem Umfang Gebrauch machen können und weil diese Umlaufmittel sich bei ihrer befristeten Vermehrung fortwährend entwerteten. — Auch die unter Ziffer 2—4 angeführten Zahlungsarten sind, wie im einzelnen begründet wird, nicht anwendbar.

5. Es bleibt somit nur der Weg der Güterausfuhr. Sie muß sich beschränken auf die Ausfuhr des Produktionsüberschusses. Nur aus den Ueberflüssen einer auf Sparfüßigen Eigenverbrauch eingefellten Volkswirtschaft können nach Begleichung der Einfuhrrechnung Zahlungen der geforderten Art geleistet werden.

Die deutsche Handelsbilanz ist passiv. Der Einfuhrüberschuß für 1920 wird mit mindestens 2,5 Milliarden Goldmark anzuschätzen sein. Noch ungünstiger ist die Zahlungsbilanz. Die Summe der deutschen Jahresleistungen einschließlich der Reparationsleistungen wird für den Dauerzustand auf 1 1/2 Milliarden Goldmark jährlich zum Ausweis des Passivsaldo an das Ausland abzuführen. Vor aller Reparation muß demnach

das deutsche Volk, um das Gleichgewicht herbeizuführen, nicht nur seine Handelsbilanz mit 2 1/2 Milliarden Goldmark glatteisen, sondern darüber hinaus noch 1 1/2 Milliarden Goldmark Umlaufmittelbesitz erzielen. Die Forderungen der Alliierten setzen eine Handelsbilanz voraus, die in den kommenden Jahren einen weiteren, von 2 auf 6 Milliarden Goldmark steigenden Ueberfluß ergibt. Dazu kommt die 12 prozentige Abgabe, die im Laufe der Zeit eine steigende Milliardenbelastung ausmacht. Deutschland kann seine Handelsbilanz verbessern durch Beschränkung seiner Einfuhr. In fremden Ländern mögen sich aber für das Reich große Einnahmehoffnungen offenbaren, auf deren Ausben gerade die Sachverständigen der Alliierten mehrfach hingewiesen haben.

Einschneidend noch ist die Verletzung der Interessen der alliierten und neutralen Länder. Selbst Deutschland noch einen Schritt weiter und schließt Fertigerwaren, soweit der Verfallter Vertrag dies überhaupt zuläßt, von der Einfuhr aus, so wird heute schon der schäblichste Widerstand der einjahrswilligen Länder unüberwindlich. Am schlimmsten aber ist, daß die ohnehin schon schwer geschädigte Gesamtwirtschaft der Welt noch tiefer sinken würde. Eine Ersparnis an Nahrungsmitteln in Folge der Ernährungskrisis unmöglich. Zur normalen Ernährung der Bevölkerung müssen ausländische Vorräte, Futtermittel und Düngemittel im Werte von 11 Milliarden Goldmark eingeführt werden. Ein Verschleißüberschuß an Gütern wäre dann freilich überhaupt nicht mehr zu erzielen. Die Einschränkung im Nahrungsmittelverbrauch des deutschen Volkes, wie sie seit Jahren besteht, kann, wenn es nicht gelingt, die trotz aller Gegenwirkung sich geltend machende Tendenz, von einer intensiven zur extensiven Wirtschaftsweise überzugehen, wieder zurückdrängen, mühen auf lange Zeit hinaus nicht gemindert werden, obgleich sie die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes bedroht. Eine Ersparnis an Industrieprodukten im inländischen Verbrauch ist ebensowenig möglich, da alle Produktionsanlagen heruntergewirtschaftet sind; andererseits ist auch der Verbrauch der Bevölkerung an notwendigen Gütern für Bekleidung und Ausstattung auf das Mindestmaß gesunken. Welche die alliierten Vorschläge eine gründliche Erneuerung von Gerätschaften und Bekleidungsgegenständen schon aus gesundheitlichen Gründen eine unabweisbare Notwendigkeit.

(Schluß in der 2. Abendausgabe.)

### Rönia Nikita +

Antibes, 2. März. (Agence Havas.) König Nikita von Montenegro ist gestorben. Die Königin von Italien, seine Tochter, und der König von Albanien sind verstümmelt worden und werden zu den Beerdigungsfeierlichkeiten erwartet.

## Die deutsche Antwort

Wenn die deutsche Regierung vor der Abreise der Delegation nach London immer wieder versichert hat, daß sie die gegnerischen Zumutungen nicht annehmen werde, daß sie aber bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit gehen wolle, so sind diese Versicherungen durch ihre jetzt veröffentlichten Gegenanschläge — unsere Leser fanden sie in unserer heutigen zweiten Morgenausgabe — bestätigt. Um den ersten Eindruck in einem Gehe zusammenzufassen: Wir haben allen Grundgedanken der feindlichen Forderungen grundsätzlich zugestimmt, keinen der Hauptpunkte abgelehnt, wir weichen aber in der Ausführung erheblich von ihnen ab. Wir nehmen die Zahl von 226 Milliarden Goldmark als Grundlage der Berechnung an, wir entscheiden sie nur ihres monetären Umfangs, der in Frankreich entstehen sollte und in Deutschland Schreden erregt hat. Man glaubt bei uns zu wissen, daß die französische Regierung in der Sorge, sich zu halten, dem eigenen Volke möglichst große Zahlen vorzuführen wolle und daß sie deshalb ihre Forderungen auf 42 Jahre gestreckt hat, so daß sie mit Hilfe der Zinsen- und Inflationenrechnung ins Phantastische answollen. Die Grundsumme, von der man drüber ausgeht, ist nicht diese 226 Milliarden, sondern das ungefähre halbe Hundert Milliarden, auf das wir in unserer Berechnung hinauskommen und das übrigens auch die besten Sachverständigen auf der Gegenseite schon ausgerechnet haben, für den Fall, daß Deutschland schneller zahlt als in 4 Jahrzehnten. Der Umstand, daß überhaupt diese Berechnung drüber angestellt worden ist, zeigt, daß unsere Deutung des Sinnes jener populären Aufmachung zutrifft. Die Gegner haben ja auch in ihren Vorarbeiten selber einen Hinweis darauf gegeben, indem sie einen Diskont von 8 Prozent in Aussicht stellten für jedes Jahr früherer Erledigung. Wenn man unter Annahme dieser 8 Prozent die 42 Jahre rückwärts rechnet, kommt man auf ungefähr 53 Milliarden Goldmark.

Indem sich Deutschland zur Zahlung einer solchen Riesensumme — es sind ja nicht etwa bloß 53 Milliarden Papiermark — bereit erklärt, macht es allerdings zugleich eine Voraussetzung, nämlich, daß die deutsche Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich steigern wird. Andersfalls hält die deutsche Regierung jene Zahlungen für unmöglich.

Das ist wichtig auch für die Beurteilung des zweiten Hauptpunktes, den wir den übrigen Einzelheiten vorwegnehmen wollen, der Ausfuhrabgabe. Dieser Forderung liegt der Gedanke zugrunde, daß die Gegner auch an der Verbesserung der deutschen Wirtschaftslage Anteil bekommen sollen. Deutschland erhöht auch hier, daß es den Grundgedanken als berechtigt anerkennt. Unsere Auffassungen sind deshalb durchweg nicht auf Grund unserer heutigen Leistungsfähigkeit gemacht worden, sonst wären sie nicht so hoch, sondern, um möglichst weit entgegenkommen zu können, haben wir schon jetzt den mutmaßlichen Aufschwung Deutschlands eingestellt, den die Gegner allerdings erst ermöglichen müssen. Man hat ihn so veranschlagt, wie er bei vernünftiger Kalkulation zu erwarten ist. Aber eine bedeutende Ausfuhrabgabe würde einen ganz einseitigen Wertmesser des deutschen Wirtschaftsaufstieges darstellen, und die Verringerung ist eben schon die Voraussetzung für unsere sonstigen Angebote. Ein besonderer Ausfuhrzoll muß deshalb nach Meinung unserer Regierung wegfallen.

Die Vorschläge, die wir im einzelnen machen, oder die Wege, die wir zur Tilgung jener Schuld von 53 Milliarden einschlagen wollen, sind im wesentlichen zwei: Die Summe von 53 Milliarden verringert sich zunächst um die 20 Milliarden, die uns schon für unsere bisherigen Leistungen auf Grund des Friedensvertrages angerechnet werden müssen. Bleiben etwa 33 Milliarden Goldmark. Diese sollen möglichst bald beschafft werden durch internationale Anleihe, die selbstverständlich durch uns sicherzustellen wäre, und zwar schlagen wir zunächst eine Anleihe von 3 Milliarden vor, also etwa den vierten Teil der Gesamtsumme, da die ganze Summe unmöglich auf einmal unterzubringen wäre. Um sie überhaupt auszufüllen zu machen, würde es nötig sein, daß sie von Steuern jeder Art befreit bleibt. Sobald als möglich sollen dann weitere Teilbeträge ebenfalls als internationale Anleihe gegeben werden.

So der erste Sonderanschlag. Der zweite, der ihn ergänzen soll, nimmt den Gedanken der Annuitäten auf, begrenzt aber seine Dauer auf 5 Jahre und die Summe auf jährlich ein e Milliarden, die im wesentlichen durch Sachleistungen zu zahlen wäre. Hierin begegnen man sich mit dem Gedanken von Seydoux, ohne ihn doch wieder aufzunehmen, denn Seydoux wollte ja zunächst überhaupt nur 5 Annuitäten festsetzen und die weitere Regelung der Zukunft überlassen. Aber das will man jetzt so wenig in Deutschland wie auf gegnerischer Seite. Auch für uns soll aber der 1. Mai 1926 ein wichtiger Stichtag sein. Bis dahin soll nämlich die jetzt vorgeschlagene Regelung gelten. Dann sollen weitere Abmachungen folgen auf Grund der dann schon besser zu überschauenden und hoffentlich weit günstigeren wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Zum Schluß wird noch besonders daran erinnert, daß unsere Produktivität nicht steigen kann, wenn wir nicht wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung erhalten, und daß der Verlust Oberschleisiens die ganze Berechnung über den Haufen werfen müßte.

Diese Vorschläge sind von einem Teil der deutschen Sachverständigen als zu weitgehend beurteilt worden, d. h. diese Sachverständigen zweifeln an der Möglichkeit ihrer Erfüllung. Allein die deutsche Regierung hat, wie wir glauben, mit Recht gemeint, das Reueherke anbieten zu müssen, das in der Heimat selbst nur mit Sorge vernommen werden kann. Aber diese Sorgen brauchen zu keinem Pessimismus zu führen, denn es ist kein Zweifel, daß gerade der Druck, unter dem wir auf lange Jahre hinaus stehen werden, unsere Arbeitskraft stärken wird, wenn er nicht so überwältigend schwer wird, daß er uns erdrückt. Anzeichen, daß wir uns bisher als Arbeitsvolk nicht ganz erdrücken